

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F XXV/139

Bonn, den 29. Juli 1970

Seite

Zeilen

1 - 2

An Vertrauen gewonnen

67

Die Bundesrepublik als Faktor der Weltpolitik

3 - 4

Kühn geht in Düsseldorf an die Arbeit

64

Erfolgreiche Fortsetzung der SPD/FDP-Koalition in NRW

5

Goldmünzen zu den Olympischen Spielen?

51

Bundesbank nach wie vor gegen DM-Stücke in Gold

An Vertrauen gewonnen

Die Bundesrepublik als Faktor der Weltpolitik

Das Ansehen der Bundesrepublik in der Welt hat einen Stand erreicht, wie niemals zuvor in der Geschichte unseres jungen Staates. Dies ist nicht allein auf die Tüchtigkeit unseres arbeitenden Volkes und auf die wirtschaftliche, auch der Dritten Welt zugute kommende Leistungskraft zurückzuführen. Auch andere Völker haben - siehe Japan - Erstaunliches in diesen letzten Drittel unseres Jahrhunderts aufzuweisen, haben sich gewissermaßen vom Nullpunkt zu großen Höhen emporgeschwungen und stehen in der vordersten Reihe der Industrienationen dieser Welt von heute.

Bei der Bundesrepublik Deutschland kommt jedoch etwas Besonderes hinzu. In dem Vertrauen, das ihr fast überall entgegengebracht wird und das sie sich sehr hart erwerben mußte, spiegelt sich das veränderte Deutschlandbild, das die Welt gewonnen hat. Seit der Zeit, in der ein Bismarck mit Blut und Eisen das Deutsche Reich zusammenschmiedete - und das geschah vor 100 Jahren -, galt der Deutsche schlechthin als aggressiv, herrsch- und eroberungssüchtig und als Gefahr für seine Nachbarn. Die die Welt provozierende Überheblichkeit des Wilhelminischen Deutschland, ausgerichtet nach dem Motto "viel Feind, viel Ehr", mußte denn auch ein schlimmes Ende nehmen. Für die Entwicklungsvorsuche der ersten deutschen Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg brachte das Ausland wenig Verständnis auf; den damaligen Siegermächten fehlte das Gespür dafür, was in diesem Volk vorging. Die größere Einsicht, die sich erst gegen Ende der Weimarer Republik offenbarte, kam dann leider zu spät.

Sitter mußte unser Volk und Europa für den Zweiten Weltkrieg leiden, den Hitler frevelhaft entfesselt hatte. Wir Deutsche galten als Weltfeind, als Aussätzige und Ausgestoßene mit dem Kains-Zeichen als Schandmal. Am Ende der größten Katastrophe unserer Geschichte standen wir ganz allein da, von einem Meer von Abneigung und Mißtrauen umgeben.

Innerhalb der letzten 25 Jahre hat sich ein wahrhaft faszinierender Vorgang vollzogen. Es gelang die Aussöhnung mit den westlichen Nachbarn. Unser Volk, soweit es sich frei entfalten konnte, bewies

die Fähigkeit zur Zusammenarbeit im übernationalen Bereich. Es hat sich von einem Nationalismus, der uns zweimal in die Irre führte, wohl endgültig abgewandt. Nationalistische Hetztyraden finden bei unserer jungen Generation keine Resonanz mehr. Sie strebt neuen Ufern entgegen. Sie hat keine Sehnsucht nach kriegerischen Lorbeeren. Namen wie Sedan und Tannenberg, einst Symbole für deutsche Unbezwinglichkeit, sind aus ihrem Bewußtsein verschwunden, sie besagen ihnen nichts. Die Beschwörung dieser Namen bleibt wirkungslos. Ihre Vorstellungen von einer besseren und gerechteren Welt orientieren sich am Geist der Kooperation mit allen Menschen und Völkern, die dazu bereit sind.

Vielleicht werden spätere Historiker diesen Tagen und Wochen, deren Zeugen wir sind, weltgeschichtliche Bedeutung zumessen. Mit Spannung verfolgt die Welt die nun in ein aktives Stadium gelangten Bemühungen der Bundesregierung, mit unseren östlichen Nachbarn in ein Verhältnis zu kommen, wie es zwischen uns und dem Westen besteht. An der Ernsthaftigkeit ihres Willens gibt es keinen Zweifel, man glaubt der Bundesrepublik Deutschland, daß sie keine Hintergedanken verfolgt und daß ihre Zielsetzungen sich in Einklang befinden mit dem allgemeinen Bestreben aller verantwortlicher Staatsmänner und Regierungen, diese unsere Welt im Atomzeitalter vor den Schrecken eines alle vernichtenden Krieges zu bewahren. Dazu gehört eben auch die Überwindung des Gegensatzes zwischen Ost und West, zu dem die Bundesregierung nun ihren Teil redlich beiträgt.

Dies erklärt das wachsende Vertrauen zur Bundesrepublik und ihrer Regierung. In einer von mannigfachen Gefahren bedrohten Welt erweist sie sich als ein moralischer und stabilisierender Faktor. Die Bundesrepublik darf auf ihre Freunde zählen und sie kann auch mit guten Gründen hoffen, daß der Brückenschlag nach Osten hin, der jetzt unternommen wird, auch eines Tages gelingt. Das schließt die Liquidierung der Folgen des Zweiten Weltkrieges ein. Unser Volk, einst ein Alpdruck für alle unsere Nachbarn, hat seinen Platz unter den Völkern gefunden, seine Energien, seine Kraft und seine Phantasie gelten der Sicherung des Friedens. Ein Ziel, das leuchtend herausragt aus den Wechseljällen einer hundertjährigen Geschichte.

Albert Exler

Kühn geht in Düsseldorf an die Arbeit

Erfolgreiche Fortsetzung der SPD/FDP-Koalition in NRW

Der Sozialdemokrat Heinz Kühn ist wieder Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen. Seine Wahl erfolgte mit 101 von 200 Stimmen, sicher es ist die denklich knappste Mehrheit. Sie reicht jedoch. CDU-Oppositionsführer Köppler erhielt 95 Stimmen, was der Stärke seiner Fraktion entspricht. Sensationeller als die Pro- und Kontra-Stimmen sind die vier Enthaltungen. Dabei werteten die drei national-liberalen FDP-Abgeordneten Mader, Lange und Maas ihre Stimmenthaltungen nicht als Ablehnung der sozial-liberalen Koalition, sondern als Protest gegen vorangegangene Erklärungen des FDP-Landesvorsitzenden Weyer. Die vierte Stimmenthaltung kam nach Ansicht politischer Beobachter ebenfalls aus der FDP-Fraktion. Von freien Demokraten, die um ihr Image in der Öffentlichkeit bangen, ausgestreute Vermutungen, dieser vierte "Entfallener" könnte ein Sozialdemokrat gewesen sein, wies Heinz Kühn energisch zurück: "So etwas gibt es nicht in der SPD!"

Tatsächlich bezweifelt in Düsseldorf kein ernsthafter Mensch, daß alle vier Enthaltungen auf das Konto der "Mohensyburger" National-Liberalen gehen. Die Freien Demokraten stehen damit vor einer schwierigen Situation. Sie räumen ein, daß ihr Vorsitzender Willi Weyer die Koalitionsverhandlungen klug und erfolgreich geführt hat. Trotzdem hat sich der Mohensyburger Spaltpilz in die Fraktion eingefressen. Die National-Liberalen, deren Startrampe in Nordrhein-Westfalen liegt, können es offenbar nicht verwinden, daß sie von der Mehrheit aus der Fraktionsspitze hinauskatapultiert worden sind. Ihr demokratisches Verständnis reicht nicht zu der Erkenntnis, daß sie sich einem klaren Mehrheitswillen zu beugen haben. Die Regierung Kühn/Weyer ist deshalb nicht in ihrer Existenz bedroht und schon garnicht in ihrer sachlichen Arbeit. Zugegeben, wegen der geschrumpften Mehrheit wird das Regieren etwas schwieriger werden, aber gerade deshalb muß eine tadellose Handlungsstrategie für die nächste Zeit entworfen werden. Die National-Liberalen haben jedenfalls keine Chance, wenn sie sich ständig durch Obstruktion hervortun oder gar mit Köpplers CDU Liebhügeln sollten. Das wissen sie auch, und es ist nicht verwunderlich, daß der nationalliberale Promotor dem Ministerpräsidenten noch

lange nach seiner Wahl Beifall zollte.

Dieses Beifalls darf Heinz Kühn erst recht in der künftigen Arbeit sicher sein. Denn seine Regierungserklärung, die in ihrer Zielprojektion auf dem von Sozial- und Freidemokraten erarbeiteten Nordrhein-Westfalen-Programm 1975 basiert, weist den eigentlich möglichen Weg, das größte Bundesland sicher in die Zukunft zu führen. Während Kühn 1966 das Hauptgewicht auf die Überbrückung der Wirtschaftskrise legte, ist jetzt die Bildungspolitik an die erste Stelle des Regierungshandelns getreten. Aufbauend auf dem bisher Geleisteten legte der Ministerpräsident konkrete Pläne für Aus- und Aufbau des Schulwesens vor. Einen bedeutsamen Akzent gab er der beruflichen Ausbildung, die er als eine öffentliche Aufgabe und Verpflichtung bezeichnete. Das ist gut so, denn zulange hatten CDU-Regierungen diesen wichtigen Zweig der Bildung vernachlässigt. Jetzt tritt er gleichberechtigt neben die anderen.

Starken Anklang wird der NRW-Ministerpräsident auch mit seiner Absichtserklärung finden, die Zuständigkeiten des Bundes für alle Aufgaben, die besser durch bundeseinheitliche Regelungen zu erfüllen sind, zu verstärken. Damit tritt diese Düsseldorfer SPD/FDP-Landesregierung im Interesse der Menschen für eine den heutigen gesellschafts- und strukturpolitischen Erfordernissen entsprechende volle Entwicklung der bundesstaatlichen Ordnung ein. Dieser klare Wille kommt auch in der Forderung Kühns zum Ausdruck, die Länder neu zu ordnen. Sollten auf dieses Ziel gerichtete Schritte nicht bald in Gang kommen, werde, so betonte Kühn, die Landesregierung im Bundesrat eine auf die Schaffung von fünf Bundesländern zielende Initiative ergreifen. Das ist eine klare Aussage, mit der die Öffentlichkeit etwas anfangen kann. Überhaupt zeichnete sich die Regierungserklärung Heinz Kühns durch maßvolle Formulierungen und eine realisierbare Programmatik aus. Er sicherte Reformen auf allen Gebieten zu, die reformbedürftig sind. Er verzichtete auf große Worte und stellte redliche Arbeit in den Vordergrund. Diese Nüchternheit wirkt wohltuend auf die ganze Bevölkerung.

+ - -

Goldmünzen zu den Olympischen Spielen?

Bundesbank nach wie vor gegen DM-Stücke in Gold

Die Diskussion um die Ausprägung einer 100-Mark-Olympia-Goldmünze begann bereits bei den Beratungen über die Zehn-Mark-Silbermünze im Jahre 1968. Damals hatte die Bundesbank unverzüglich ihr Veto eingelegt und auch ministerielle Kreise des Finanzministeriums unter dem CSU-Vorsitzenden Strauß hatten der Überlegung des Innenausschuß-Berichterstatters Willi Müller/Müncheim SPD-MdB ablehnend gegenübergestanden. Mit dem interfraktionellen Gesetzentwurf vom 6. Mai 1970 wurde ein erneuter Versuch zur Ausprägung einer 100-Mark-Goldmünze und einer 20-Mark-Silbermünze unternommen. Nach Expertenberechnungen ergibt die 100-Mark-Goldmünze (14,6 Gramm Gold und 1,6 Gramm Silber) einen Münzgewinn von 55 DM. Die 20-Mark-Silbermünze bringt einen zweckgebundenen Gewinn für die Finanzierung der Olympischen Spiele 1972 von 13 DM je verkauftem Stück.

Rein rechnerisch ist es möglich, bei entsprechender Münzenauflage, die Olympiakosten für München, die derzeit mit 1,15 Milliarden DM angegeben werden, tatsächlich allerdings höher sind, ohne Aufwendung von Steuermitteln zu finanzieren. Bereits bei den ersten Überlegungen zu Beginn dieses Jahres bezog die Bundesbank unter Hinweis auf Schwierigkeiten im internationalen Währungsfonds und einer Anheizung der Goldspekulation eine negative Haltung zur möglichen Olympia-Goldmünze als gesetzliches Zahlungsmittel. Zuletzt hatte es im Deutschen Kaiserreich bis 1918 Goldmünzen als gesetzliches Zahlungsmittel gegeben. Für die Ausprägung von Olympia-Goldmünzen plädiert auch das Organisations-Komitee für die Olympischen Spiele in München, dessen Generalsekretär Herbert Kunze in der Argumentation auf seine Bankerfahrung hinweist. Am 2. März dieses Jahres schrieb Kunze an Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Karl Schiller, daß erfahrene Goldmünzhändler der Auffassung seien, eine Münzenauflage bis zu 40 Millionen Stück sei ohne Schwierigkeiten abzusetzen. Während teilweise auf die fehlende Erfahrung der bundesdeutschen Münzämter bei der Prägung von sogenannten Goldscheidemünzen hingewiesen wurde, bot Kunze nach eigenen Recherchen die Wiener Münze, die angeblich nicht ausgelastet ist, alternativ an. Mit dem Hinweis, daß beispielsweise Argentinien, Belgien, Japan, Israel und Kanada sowie die USA Goldmünzen als gesetzliches Zahlungsmittel haben, untermauerte Generalsekretär Kunze seine Argumentation.

Fraglich ist die Möglichkeit der Goldbereitstellung für diese Olympia-Goldmünzen. Bei einer Auflage von 30 Millionen Stück würden ungefähr 450 Tonnen Gold benötigt. Die Bundesbank soll gegenwärtig 3.500 Tonnen Gold in ihren Tresoren lagern, wogegen Südafrika jährlich allein 1.000 Tonnen Gold auf den Weltmarkt bringt. Nachdem der Bundestag den interfraktionellen Gesetzentwurf, dem Bundesfinanzminister Dr. Alex Müller und Bundesinnenminister Hans Dietrich Genscher grundsätzlich positiv gegenüberstehen, vom Parlament an den Ausschuß für Sport und Olympische Spiele federführend und die Ausschüsse für Finanzen und Wirtschaft mitberatend verwiesen hatte, will der Sportausschuß nunmehr unmittelbar nach der Sommerpause in öffentlicher Sitzung unter Anhörung der Regierungs- und Bundesbank-Vertreter den Gesetzentwurf behandeln. Nach den gesetzlichen Bestimmungen kann die Ausprägung dieser Münzen allerdings nur mit Zustimmung der Bundesbank erfolgen, die erst kürzlich der Bundesregierung ihre unveränderlich ablehnende Haltung mitgeteilt hat.

Ernst-Dieter Schmickler